

Rede für Verabschiedung Haushalt 2023 SPD-Fraktion und Linke

Hubert Bernnat, Fraktionsvorsitzender, Lörrach, 14.12.2022

Herr Oberbürgermeister, Frau Bürgermeisterin, liebe Gemeinderatsmitglieder,

es macht zurzeit wenig Vergnügen, über den kommunalen Haushalt entscheiden zu müssen. Klimawandel, Pandemie, Krieg in der Ukraine und damit verbundene Energiekrise mit exorbitanten Preissteigerungen und der Aufnahme von Geflüchteten haben die ohnehin schon schwierige Haushaltslage verschärft. Darüber kann auch das unerwartet erfreuliche Ergebnis von 2022 nicht hinwegtäuschen. Zu schaffen machen den Kommunen aber schon seit Langem die von Bund und Land beschlossenen gesetzlichen Grundlagen vor allem für die Kinderbetreuung, die ab 2026 stufenweise bis Klasse vier um den Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule erweitert wird. Der Rechtsanspruch wird im Achten Sozialgesetzbuch geregelt und sieht einen Betreuungsumfang von acht Stunden an allen fünf Werktagen vor, wobei die Unterrichtszeit angerechnet wird. Das soll auch in den Ferien gelten, dabei können die Bundesländer eine Schließzeit bis maximal vier Wochen festlegen. Damit müssen wir uns jetzt schon beschäftigen, denn die Grundschulen müssen baulich und personell darauf vorbereitet sein. Deshalb muss der Ausbau der Hellberg-Grundschule zu einer Schule mit ganztägigem Angebot – unabhängig von der Standortentscheidung für die Werkrealschule – schon vor der Fertigstellung von Bühl III vorbereitet werden, damit dieses Angebot auch in den beiden nördlichen Ortsteilen angemessen stattfinden kann. Ganztägige Betreuung, die den Namen verdient, kann nicht einfach nur in Klassenzimmern und Pausenhallen stattfinden.

Wir erleben aber, dass die, die beschließen – also Bund und Länder –, sich an der Finanzierung der Erfüllung dieser Ansprüche nur unzureichend beteiligen. Ich darf hier den Weiler Oberbürgermeister Wolfgang Dietz in seiner Haushaltsrede vom 13.12. laut Badischer Zeitung zitieren: „Bund und Land haben es sich über Jahre angewöhnt, Leistungen zu versprechen, die nicht sie, sondern wir, die Kommunen, erbringen und umsetzen müssen.“ Man könnte hier auch noch das neue Wohngeldförderungsgesetz anführen, das richtigerweise für viele Mieter Entlastungen bringen soll, aber mit einer deutlichen Erhöhung der Zahl der Anträge ab dem 1. Januar 2023 mit erhöhtem Personalaufwand zu Lasten der Kommunen von diesen bearbeitet werden muss.

Schon jetzt beträgt der Zuschussbedarf im Bereich der vorschulischen Kinderbetreuung 11 Millionen Euro, das sind immerhin 1,5 Millionen Euro mehr

als noch vor fünf Jahren. Auch hier gibt es noch Nachholbedarf an Plätzen, obwohl in den letzten Jahren viel geschehen ist. Der neue Waldorfkindergarten wird bald fertig sein und der neue dreigruppige evangelische Kindergarten in Haagen muss dringend gebaut werden. Ein weiterer Ausbau könnte aber durch die immer schwierigere Personalrekrutierung in Frage gestellt werden. Soll diese aber gelingen, so wird man nicht umhinkommen, für Tariferhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten zu sorgen. Da macht es sich die Landesregierung zu einfach, Personalmangel einfach durch Erhöhung der Gruppengröße zu kaschieren. Und auch für die Betreuung in den Grundschulen wird es vermehrt qualifiziertes Personal brauchen. All das wird zusätzliche Kosten erfordern. Nicht nur in diesem Bereich sind die Kommunen deutlich unterfinanziert. Zudem erleben wir und das könnte sich noch fortsetzen, dass freie, vor allem kleinere Träger zunehmend mit der Organisation und Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen überfordert sind und die Stadt dann in die Presche springen muss. Um es deutlich zu sagen, wir Sozialdemokraten stehen hinter dem Anspruch für eine familiengerechte und moderne Kinderbetreuung bis zum Ende der Grundschulzeit zu sorgen, wir erwarten aber von Bund und Land und sind uns da mit den kommunalen Spitzenverbänden einig, dass die Kommunen dafür auch die nötigen finanziellen Ressourcen erhalten müssen.

Auch die Unterbringung von Geflüchteten ist spätestens seit 2015 eine Aufgabe, der sich die Kommunen stellen müssen. Wir unterstützen vorbehaltlos die Verwaltung bei der Erstellung einer kreditfinanzierten neuen Unterbringung für Geflüchtete in der Konrad-Adenauer-Straße in Stetten-Süd und den Umbau des alten Polizeireviere zu einer Anschlussunterbringung. Diese Kosten werden zwar durch das Land refinanziert, doch für die Betreuung der Geflüchteten werden wir zusätzliches Geld benötigen. Auch hier geht die klare Forderung an den Bund, die Kommunen hierbei stärker finanziell zu unterstützen. Der Krieg in der Ukraine ist nur eine der Fluchtursachen. Doch es macht zutiefst betroffen zu hören, dass in der befreundeten ukrainischen Stadt Wyschhorod vor wenigen Tagen durch einen Bombenangriff ein Wohnhaus zerstört und sieben Menschen ums Leben gekommen sind. Nicht nur deswegen sehen wir Sozialdemokraten es als eine gesellschaftlich notwendige Aufgabe an, in der aktuellen Krisensituation die Aufnahme von Geflüchteten zu ermöglichen.

Ganz klar müssen wir den Blick auch auf die Haushaltsbereiche richten, die wir selbst beeinflussen können. Denn es gilt, da sind wir uns einig, den Ergebnishaushalt zu verbessern, um die erforderlichen Abschreibungen für die

notwendigen Investitionen zu erwirtschaften. Im Vordergrund stehen dabei die Zuschüsse für soziale und kulturelle Einrichtungen. Dabei helfen Floskeln wie: „Wir müssen uns auf die Pflichtaufgaben oder auf das Wesentliche konzentrieren“, nicht weiter. Pflichtaufgaben können mit unterschiedlichem finanziellem Aufwand erledigt werden und vieles von dem, was in einer untauglichen Aufteilung als freiwillige Aufgabe deklariert ist, gehört zum wesentlichen Bestandteil einer sozialen und bürgerschaftlichen Gemeinschaft. Man kann immer über Öffnungszeiten von Bibliotheken und Bädern diskutieren, auch über angemessene Tarife, was ja jetzt bei den Bädern geschieht. Diesen Tarifierhöhungen werden wir zustimmen. Doch Schließungen von städtischen Einrichtungen halten wir für nicht verantwortbar. Über den Burghof ist in den letzten Jahren ausführlich diskutiert worden und er hat mit dem neuen Leiter Timo Sadovnik neuen Schwung für die Stadtgemeinschaft bekommen.

Bei den kulturellen Einrichtungen freier Träger gibt es einen klaren Willen, sie zu erhalten. Diskutabel muss aber der Umfang der städtischen Zuschüsse sein. Und es wird im kommenden Jahr einer dringenden Diskussion bedürfen, was bei Einrichtungen wie Tempus fugit oder dem Schülercafé Kamelion, einer sozialen Einrichtung, geschieht, wenn die bisherige ehrenamtliche Leitung wegfällt und diese durch eine hauptamtliche Kraft ersetzt werden soll. Zumal dieses Szenario sich in Zukunft verstärken könnte, da immer mehr ehrenamtliche Arbeit nicht mehr adäquat ausgeglichen werden kann. Für das Haushaltsjahr 2023 bleibt es daher für beide Einrichtungen bei den bisherigen Zuschüssen.

Angesichts der Haushaltslage tragen wir die Vorschläge der Verwaltung mit, die 2022 beschlossenen Zuschüsse für SAK, Kaltenbach-Stiftung, Nellie Nashorn und Tempus fugit für ein Jahr fortzuführen. Dabei sind uns zwei Dinge wichtig: Die Fortführung gilt nur für ein Jahr und nicht für zwei, wie von der Verwaltung vorgeschlagen. Zudem muss im ersten Halbjahr Bilanz gezogen werden, inwiefern die gestiegenen Energiekosten die Einrichtungen unzumutbar belasten, sodass nachgebessert werden muss. Zustimmen werden wir auch dem Zuschussantrag des Arbeitskreises Rauschmittel für weitere drei Jahre und der Unterstützung der Obdachlosenhilfe Pro Digno in Höhe von jeweils 10.000 Euro für die nächsten drei Jahre. Ebenfalls zustimmen werden wir dem Antrag des TC Haagen auf einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 52.000 Euro für die Umrüstung von fünf Tennisplätzen zu Allwetterplätzen. Dies entspricht der gängigen Praxis der Drittförderung durch die Stadt bei Genehmigung und Förderung der Investition durch den Badischen Sportbund. Auch der

Übernahme einer Bürgschaft stimmen wir zu. Positiv ist der ökologische Aspekt zu sehen, dass durch den Umbau im Jahr 70.000 Liter Wasser gespart werden können. Dem Antrag des SC Haagen zur Unterstützung auf Bau eines neuen Vereinsheimes können wir so nicht zustimmen, da er noch nicht entscheidungsreif ist. Wir erwarten aber, dass die Verwaltung im nächsten Jahr zusammen mit dem Verein eine Lösung erarbeitet, die dem Verein mit seiner ausgezeichneten Jugendarbeit weiterhilft.

Immerhin sind in diesem Haushaltplan fast 20 Millionen Euro für Investitionen vorgesehen, die aber größtenteils nicht aus dem Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden konnten, sondern durch Grundstücksverkäufe und Investitionskostenzuschüsse. Dabei stehen gewaltige Aufgaben vor uns mit den drei Stichworten: Schulen, Kindergärten und Rathaus. Nach wie vor haben für uns die Investitionen in Schulen und Kindergärten Vorrang. Mit großer Sorge sehen wir dabei die zeitliche Verschiebung der projektierten HTG-Erweiterung und der Sanierung der Hellbergschule, die ja auch noch gekoppelt ist an die Standortfrage der Werkrealschule. Dass jetzt wieder mit der Grundschule Tumringen aus Sicherheitsgründen eine teure Sanierung vorgezogen werden muss, ist wohl notwendig, aber ärgerlich, denn die Verzögerung bei den beiden genannten großen Projekten ist nur noch schwer vermittelbar. Natürlich kann man über Sicherheitsstandards, auch beim Brandschutz, diskutieren, ob sie überzogen sind. Das sind aber Diskussionen, die mit dem Gesetzgeber geführt werden müssen. Wir warnen aber davor leichtfertig dies bei lokalen Projekten einzufordern, da die Verantwortung letztlich bei den städtischen Mitarbeitern und den Schulleitungen liegt. Positiv sehen wir auf jeden Fall, dass im Haushalt die Mittel für die Bauunterhaltungen wieder um eine Million Euro aufgestockt worden sind. Die Finanzierung von Sanierung oder Neubau des Rathauses ist für uns im Moment im Haushalt nur schwer vorstellbar, keinesfalls darf das aber dazu führen, dass keine anderen Investitionen mehr möglich sind. Es wird im nächsten Jahr für den jetzigen Gemeinderat daher noch eine große Aufgabe und Herausforderung sein, hier eine zukunftsfähige Entscheidung zu treffen. Nur kurz erwähnen möchte ich im Rahmen der Haushaltsrede, dass auch im Wohnungsbau mit der Forcierung von Bühl III, im Klimaschutz, im Ausbau des Wärme- und des Glasfasernetzes, im öffentlichen Nahverkehr, im Ausbau der Radwege und für das Projekt „Zukunftsfähige Innenstadt“ weitere Aufgaben warten und zu erledigen sind. Auch über zumindest den Standort der Feuerwache Nord muss eine Entscheidung getroffen werden. Generell sind wir immer noch der Meinung, dass für einige der großen Aufgaben, wie der

Transformation des Klinikareals die von uns beantragte Entwicklungsgesellschaft gegründet werden soll. Der Finanzplan für die Investitionen der nächsten Jahre ist für uns nur ein vorläufiger Plan, in dem die Prioritäten sich verschieben können.

Bleibt zum Schluss noch ein Blick auf das Personal. Hier ist uns wichtig, zu betonen, dass eine gute Verwaltung auch ausreichendes und qualifiziertes Personal benötigt. Das kostet nun einmal Geld und es ist gut angelegtes Geld. Es ist daher falsch, Personal immer nur als Kostenfaktor zu sehen. Natürlich muss die Digitalisierung in der Verwaltung forciert werden, aber das wird erst mittelfristig zu Personaleinsparungen führen können. Zudem kommen für die kommunalen Verwaltungen ständig neue Aufgaben hinzu, die manche Einsparungen konterkarieren. Auch wird der Fachkräftemangel dazu führen, dass auch im öffentlichen Dienst über neue Tarifstrukturen nachgedacht werden muss. Nach einer Aufstellung der Bundeszentrale für politische Bildung liegen die Personalkosten im kommunalen Bereich durchschnittlich bei 26% des Gesamthaushalts. Die Stadt Lörrach liegt daher mit 23,6% deutlich darunter. Für uns sind die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in erster Linie Partner, die wichtige Aufgaben erfüllen.

Schaut man die anstehenden Aufgaben an und betrachtet unsere gegenwärtige Haushaltslage an, dann stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen. Wir sagen ganz klar, dass wir unseren Anteil an der Verbesserung des Ergebnishaushalts leisten müssen. Eine Konsolidierung kann aber letztlich nur gelingen, wenn Bund und Länder die Kommunen insgesamt auf eine bessere finanzielle Grundlage stellen. Darüber, was wir uns in Zukunft leisten können und sollen, muss verstärkt eine öffentliche Diskussion stattfinden.

Wir schauen dennoch mit einem gewissen Optimismus, der die Augen nicht vor der Realität verschließt in die Zukunft. Danken möchten wir an dieser Stelle allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem aber Herrn Kleinmagd und Frau Conti für die Erstellung des nicht einfachen Haushalts und für die klaren Worte im Vorlauf. Die SPD-Fraktion in der Zählgemeinschaft mit der Vertreterin der Linken wird dem Haushalt zustimmen.